

Die Rheinische Republik

Die Lage als politisches Kampfmittel

Wien, 30. Aug. Eine große Anzahl tendenziöser und irriger Mitteilungen haben die Behauptung auf, daß die Rheinische Republik einen gewaltigen Erfolg vor sich habe und daß sie die mächtigste Militärmacht an der Westfront sei. Die französischen Militärschreiben, die bereit sind, die Ordnung gegenüber allen und gegen alle anzuerkennen, haben diesbezüglich eine genaue Untersuchung angeordnet und festgestellt, daß diese Behauptungen auf keinerlei tatsächlicher Grundlage beruhen. Es handelt sich um eine Kampagne, die bestimmt ist, die öffentliche Meinung zu alarmieren und sie gegen die Rheinische Republik einzunehmen, deren wachsender Erfolg ihre Gegner zum Gebrauch unehrenhafter Mittel zwingt. Die Fortsetzung dieser Kampagne wird strenge Strafen gegen diejenigen hervorrufen, die sich zur Verbreitung dieser Gerüchte machen. Es ist unzulässig, so die Bevölkerung zu alarmieren.

* Was in den letzten Wochen über die Rheinische Republik zusammengekommen ist, überschreitet fast die Grenzen des Erlaubten. Freilich dürfen und dürfen diese Übertriebenheiten, wenn man bedenkt, daß ein selbständiger Ministerpräsident, nämlich Herr Brüder aus Berlin, die Kampagne gegen die Rheinische Republik mit dem schändlichsten Schwindel eröffnete, die Träger des rheinischen Freiheitsgedankens hätten von Frankreich 10 Millionen Mark Unterstützung bekommen. Neuerliche Gerüchte, die auch besonders in Wiesbaden verbreitet wurden, waren so blödsinnig, daß sie gar nicht blödsinniger sein konnten. Was gleichzeitig die „Frankfurter Zeitung“ und andere Blätter zusammenzufassen, geht auf seine Kuhhaut. Es wird uns mitgeteilt, daß demokratische und sozialdemokratische Parteigänger in den letzten Wochen Tag und Nacht das Regierungsgeschehen beobachtet haben, um eventuelle Eingriffe abzuwehren. Wir haben bisher von dieser niedlichen Sache keine Notiz genommen, um die Herren in ihrer Schöpfung, wenn auch unzulässigen Selbstkritik nicht zu hindern. Am besten nimmt man von den Lügen, die durch die Presse verbreitet werden, überhaupt keine Notiz, denn wenn irgendwo, so traf in diesem Falle der Satz zu, daß Lügen kurze Beine haben. Immerhin dürfte sich durch die vorstehende Meldung dem Schwindel endgültig ein Ziel gesetzt sein.

Tatsächlich wenden die Gegner der Rheinischen Republik unehrenhafte Mittel an. Und sie tun es, um den wachsenden Erfolg aufzuhalten. Tagaus, tagein erfinden bei uns die Anhänger der verschiedenen Parteien — nur Unabgängige sind noch nicht bei uns gewesen — und erklären sich als die berechtigten Anhänger der Rheinischen Republik. Der Gedanke hat in den letzten Monaten rasche Fortschritte gemacht und nagherrlich in Kreisen, auf deren Urteil wir besonders Wert legen. Alle betonen, daß nur durch die Rheinische Republik eine Gesundung Deutschlands möglich ist. Und wenn man sich die tatsächlichen Verhältnisse betrachtet, wenn man das sieht, was beispielsweise die „Rheinische Zeitung“ in ihrer wirtschaftlichen Wochenchau schreibt, dann kann man zu keinem anderen Ergebnis kommen.

In unserer Forderung auf schnelle Herbeiführung der Volksabstimmung lassen wir uns nicht irren lassen. Was das demokratische „Wiesbadener Tagblatt“ unter Zustimmung der sozialdemokratischen „Volksstimme“ auch erklären, daß Volksabstimmung Volksverrat sei, — solche Erklärungen begreifen wir, weil sie unabweisbar zeigen, daß die Mehrheit der Bevölkerung die Rheinische Republik wünscht. Man würde auch in Deutschland nicht so zur Eile und Verleumdung greifen, wenn man nicht genau wüßte, daß sich täglich die Kompetenzen für eine Rheinische Republik mehren. Bäre keine Mehrheit vorhanden, dann hätte man ja auch nicht den verbotenen Sperrfraktionsparagrafen einführen brauchen, dann könnte man sich auch mit einer einfachen Majorität begnügen. Selbst sozialdemokratische Vertreter haben in Weimar die Verführung ausgesprochen, daß 70 Prozent der Bevölkerung für die Republik stimmen würden. Darum hat mit der Volksabstimmung. Sie mag zeigen, wer die Majorität hinter sich hat. Stimmt für uns die Minorität, so werden wir uns der Majorität fügen. Die Volksabstimmung wäre auch das beste Mittel, um endlich die deutsche Presse von dem Lügenpust zu befreien, der sich dort in der letzten Zeit ausbreitet. Daß die „Rheinische Volkszeitung“ immer wieder in diese Kampagne hineingezogen wird, rechnen wir uns übrigens nur zur Ehre an.

Aus der Deutschen Volkspartei

Wien, 30. Aug. Die Deutsche Volkspartei veranlaßt gegenwärtig eine Vortragsreise ihres Abgeordneten, des Finanzministers a. D. Dr. Becker. Der erste Vortrag fand in Wien statt. Interessant war dabei nach dem Bericht der sozialdemokratischen „Münchener Volkszeitung“ der Vortrag, mit dem sich der Referent gegen den Reichsfinanzminister Brüderger und sein Steuerprogramm wandte, namentlich gegen die Erbschafts- und die Vermögenssteuer und dabei die „Rheinische Volkszeitung“ in Wiesbaden als Wärmungsstiel einer Finanz- und Steuerpolitik mit katastrophalen Wirkungen auftrifft, so daß man den unbegreiflichen Eindruck bekam, einer Agitationsversammlung zuzuhören von Lösungsbekehrungen an aus feuerpolitischen Gründen beizubehalten, die auf ihr Deutschland ganz besonders paßt. Das sozialdemokratische Blatt schreibt dann weiter: „Obwohl die Deutsche Volkspartei ständig vorgibt, für die Einheit der deutschen Republik zu sein, so kann man nicht sagen, daß diese Ausführungen geeignet sind, die Länder beim Reich zu halten. Die Vederische Art ist die Art, die den betriebenen Lösungsbekehrungen den eigentlichen Nährboden gibt. Wenn trotzdem gegen die Regierung und die parlamentarische Mehrheit gekämpft wird, wie das in der letzten Zeit gerade von den ehemaligen Nationalliberalen geschieht, dann muß das namentlich im Vinger Ed. Bauer auf die Wähler der Abplitterer sein.“

Die Lage Deutschlands

Der wirtschaftlichen Wochenchau der „Rdn. Ztg.“ entnehmen wir folgende Stellen: „Anweisungen auf das Volksgeld hat man neuerdings die Reichsbanknoten genannt. Das ist juristisch nicht ebenmäßig richtig wie vor dem Krieg, wo die Reichsbank jederzeit bereit war, ihre Noten bei Sicht in Gold einzulösen. Wirtschaftlich aber kann man jetzt in der Tat von Anweisungen auf Volksgeld sprechen, denn der Reichsbanknoten gibt eigentlich das Reich die Noten aus. Die Bank ist nur Kasse, die für den Reichsfinanzverwaltung steht. Das Reich ist ihr größter Wechselkunde, und gegen jeden Wechsel, den es einreicht, liefert sie ihm die gewünschten Reichsmünzen, papierne Kreditwirtschaft, bei der die Noten letzten Endes Vermögen und Steuerkraft des Reichs gegenüberstellen. Der Goldbestand der Bank zählt dabei nicht mehr mit, denn abgesehen davon, daß die Reichsbank gegen Noten Gold nicht mehr herausgibt, wird ihr Goldvorrat jetzt für ganz andere Zwecke gebraucht. Hält man sich das vor Augen und sieht auf der anderen Seite, daß der Notenumlauf der Bank immer näher an 30 Milliarden heranrückt, so scheint die Notenherstellung das einzige Geschäft im Reichsbankgebiet zu sein, in dem die Erzeugung ständig zunimmt. Auf der anderen Seite mehren sich aber fortwährend Vermögen und Steuerkraft des Reichs; sind also die Noten in der Tat Anweisungen darauf, so wird der Anteil, der auf jede einzelne entfällt, zusehends kleiner, und man braucht sich nicht zu wundern, wenn ihre Verwertung nicht wächst. Wir verfahren jetzt in finanzieller Verwirrung, so, wie kommende Jahre es bringen sollen. Von Erparnissen in den Ausgaben hört man nichts. Der Vermehrung des Notenumlaufs möchte man allerdings entgegenwirken und hat deshalb eine Kreditvorlage über 9 Milliarden eingebracht, die im Wege einer neuen Anleihe aufgebracht werden sollen. Das würde durch die Einzahlungen auf die neuen Schuldverschreibungen des Reichs Noten aus dem Verkehr nehmen, aber nur für eine kurze Weile, denn sehr schnell muß sie das Reich wieder ausgeben. Die Schuldverschreibungen aber, die es herausgibt, hat, sind in privaten Händen, neue Kreditinstrumente werden verhandelt und auf diese Weise ebenfalls in Noten oder Darlehenskassenscheine umgewandelt. Die Einwirkung ist also ziemlich die selbe wie bei der Fabrikation von neuen Noten. Der ganze Vorgang dauert nur etwas länger. Das ist der Unterschied. Die Hauptsache aber ist, daß die Schuldenlast des Staates weiter anwächst, ohne daß sein Vermögen sich mehrt, und daß der erhöhte Kaufkraft der privaten Inhaber der Schuldverschreibungen keine wirklichen Werte gegenüberstellen. Das bedeutet letzten Endes weitere Geldentwertung oder weitere Steigerung der Preise am Warenmarkt. Wollte man die ganze unheilvolle Entwicklung ironisieren, man könnte es nicht schärfer tun als die Regierung selbst, die von ihren neuen Schulden einige Milliarden zur „Senkung der Preise“ verwenden will. Ständig vermehrt sie den Geldumlauf, entwertet das Geld und steigert die Preise, aber von den Milliarden, die sie neu in den Verkehr bringt, verwendet sie wieder einige zur „Senkung der Preise“. Das ist Wahnsinn, der nicht einmal Methode hat. Wer ernsthaft diesen

Dingen nachgeht, muß notwendigerweise zu dem Schluss gelangen, daß deutsche Finanzwirtschaft nicht aus sachlichen Gründen, sondern rein unter dem Gesichtspunkt politischer Stimmungsmache getrieben wird.

Unter diesen Umständen auch die allmählich herauskommenden Abschlüsse unserer großen Werte der verändernden Verhältnisse der ganzen Revolutionen. Ganz abgesehen von den Bewegungen am Waren- und Arbeitsmarkt, tritt auch bei ihnen die Wirkung der Veränderung im Geldwert stark zu Tage. Das Eisen- und Stahlwerk Bochum, das im Vorjahr noch einen Reingewinn von 12,5 Millionen Mark aufwies und 24 Proz. Dividende verteilte, konnte, hat diesmal einen Verlust von 8,5 Millionen Mark zu verzeichnen. Er hängt mit der allgemeinen Verteuerung der Erzeugung, der verminderten Zahlung der Arbeiterkraft, den ungleichen Lohnsteigerungen, zugleich aber wiederum mit der Verschlechterung unter Währung zusammen. Das Wert, das erhebliche Verpflichtungen aus schwedischen Erbschaften, die infolge des weiteren Kursrückgangs der Mark beträchtlich angeschwollen sind. Dazu kommt noch der gewaltige Kursverlust an Kriegsanleihen. Andre Werte sind in ähnlicher Lage. Der Vönikr schiedete ihr schwedische Erbe 2,5 Millionen Kronen, was bei normaler Währungswertung rund 30 Millionen Mark bedeutet. Schon im Frühjahr dieses Jahres, als nur 100 Kronen 350 Mark zu zahlen waren, war jene Schuld auf 80 Millionen angeschwollen. Heute kosten 100 schwedische Kronen nicht weniger als 511 Mark. Jene 2,5 Millionen Kronen sind also heute mit 127 Millionen Mark in die Verpflichtungen einzukalkulieren, das ist erheblich mehr, als das Aktienkapital des Vönikr ausmacht. Vom Bochumer Vönikr, der sonst immer zu Ende Juli den Reigen der Dividende eröffnete, hat man einwachen noch nichts gehört. Seine Abschüttung soll erst in diesem Monat stattfinden, aber auch sie wird voraussichtlich den Wandel der Zeiten deutlich erkennen lassen.

Der ganze Wirtschaft, der jetzt durch unsere Wirtschaft geht, wird sehr erschüttert, wenn man den harten Rückschlüssen der Ereignisse unterzogen wird, die ungeheuren Preissteigerungen gegenüber, die überall am Warenmarkt eingetreten und noch nicht abgeklungen sind. Um 300 und 400 oder noch mehr Prozente sind die Preise in die Höhe gegangen, aber das alles ist aufgezogen worden durch die noch weit härtere Steigerung der Geldentwertung. Die Gewinne sind überall gewaltig gestiegen oder haben sich in Verluste gewandelt. Das mag manchem, der vom Weist der neuen Zeit erzählt ist, als ermutigende Wirkung der Revolutionen erscheinen, bedroht aber die Grundlagen unserer ganzen Lebens, denn die Neubildung von Kapital eingeschränkt wird, um so mehr müssen schlichte Gütererzeugung und Arbeitsgelegenheit zurückgehen. Die Konsumförderung ist fast gestoppt und will sich nicht bewegen. Die Eisenbahnverwaltung schnappt nach Luft und kann ihren Betrieb kaum noch aufrechterhalten, weil in ihren Verhältnissen nicht geleistet wird, was nötig wäre. So wird sie gezwungen, ihren Betrieb einzuschränken und ist nicht mehr in der Lage, unserer Gesamtwirtschaft die Brennstoffe zuzuführen, deren sie bedarf. Ein Betrieb nach dem anderen kommt zu zum Erliegen und die Arbeitslosigkeit wächst damit. Damit wachsen dann auch wiederum die Anforderungen an Arbeitslosenunterstützungen, und da man kein Geld hat, so fragiert man eben neues und bewilligt in Staat und Gemeinden immer höhere Kredite. In finanzieller Hilflosigkeit steht unsere Regierung dem Gang der Dinge zu, den sie nicht aufhalten kann. In papierenen Anleihen nimmt sie ihre Zuflucht, um dem Anheiß zu steuern. Das nimmt ungehindert seinen Lauf. Das einzige, was helfen und alle zur Selbstbestimmung rufen könnte, wäre kräftige Ordnung und Unterordnung, die aber faun und darf eine Regierung nicht schaffen, die das Chaos ihre Mutter nennt, und wenn sie am Leben bleiben will, allen, auch den finstlichen Wünschen, Entgegenkommen zeigen muß.

Gegen das Reichsnotopfer

Berlin, 30. Aug. Der am 27. August d. J. in Berlin verfallende Reichsnotopfer der preussischen Handelskammer hat zu dem Geschehen eines Reichsnotopfers einstimmig folgendes Verbot beschlossen: „Der Abhilfe der finanziellen Not des Reichs sowie zur Förderung des sozialen Ausgleiches ist der Reich in weitestem Maße zu den Steuerlasten heranzuziehen. Das Kapital darf aber nicht darauf konfiskiert werden, daß das Unternehmertum leistungsunfähig wird. Ohne ein leistungsfähiges und kreditfähiges Unternehmertum ist der völlige Zusammenbruch der deutschen Volkswirtschaft unabwendbar. Der vorliegende Gesetzentwurf muß unbedingt abgelehnt werden, weil er Industrie und Handel und alle darin schaffenden Kräfte mit dem Untergang bedroht. Will man unter voller Verantwortlichkeit erst jetzt, daß die Jalousien nicht heruntergelassen waren.“

Das genierte ihn. Durch das niedrige gelegene Fenster konnte man ihn von der Straße aus sehen. Er stand auf und trat zum Fenster, dabei sah er, daß das Auto drüben an der Nachbarvilla hielt, in dem großen Licht, das die Wagenlaternen am sich vorbeizogen, unterschied er zwei Gestalten: einen jungen Garbepfleger und einen Mann in Chauffeurkleidung.

Sie standen und sprachen miteinander, er konnte jedes Wort hören. Im durch das Geraffel der Koffladen beim Heruntersteigen nicht die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, schob er nur die Vorhänge vor, ging aber nicht gleich auf seinen Platz zurück, sondern blieb stehen und lauschte. Ganz willenslos — ihm tat wohl, daß er nicht sah, daß dadurch das Gefühl der Einsamkeit, das er eben empfunden, gehoben wurde.

Es schien sich um ein neu gekauftes Auto zu handeln. Der Offizier ging um den Wagen herum und besah ihn. An allen Stellen tastete er mit den Fingern, schien von der Konstruktion nicht viel zu verstehen.

Dabei sagte er: „Ich weiß doch nicht, ob ich es behalte. Wir müssen morgen nochmals probieren, der Gang kam mir nicht leicht genug vor.“

Kartoffeln wachte, war der Offizier war: ein Graf Sivig, ein sehr reicher Mensch, der vor kurzem geheiratet hatte.

Wie der sich hatte, ob der Gang leicht war oder nicht.

Er versuchte, verächtlich zu lächeln, daß man einer Wichtigkeit solche Wichtigkeit beilegen konnte: Ob das Auto in der Minute so und soviel Wert mehr oder weniger zurücklegte. Er sollte nur zu ihm kommen und sich erzählen lassen, was in seiner Seele vorging, er würde einen Scherz vor dem wirklichen Leben bekommen.

Dabei machte ihn die kleine Szene doch ganz weich: — Schenlich, wie das Leben mit einem verläßt. Der da drüben kannte keine Sorgen und keine Pein, er hatte alles — Geld, eine schöne Frau.

Alles, was er selbst befehlen, nur daß er

gung des eingelegten aufgestellten Grundstücks diese Gefahr abmenden, so ist der allein alleinige Besizer der Verbindung einer der Reinsam- und Kreditfähigkeit des Unternehmertums schonenden Kapitalabgabe mit einer Einkommenssteuer. Beides kann nur im Zusammenhange miteinander bearbeitet werden. Der Vordruck des Besizers hat die geeigneten Schritte getan, um die Auffassung bei den maßgebenden Stellen zur Geltung zu bringen.

Lehrerstreik in Mecklenburg

Schwerin, 30. Aug. Im schönen Mecklenburg steht die Schließung sämtlicher Kaufmannsschulen des Landes bevor. Es bestehen in allen Städten und Flecken mit mindestens sechs Schulpflichtigen Kaufmannsschulen, für die gemäß besonderer Vereinbarung ein jährlicher Landesbeitrag von 2500 Mark gezahlt wird. Die Handelskammer hat wiederholt Antrag auf Erhöhung des Landesbeitrages gestellt und begründet sie insbesondere mit der wesentlichen Erhöhung der Lehrergehälter. Die Lehrerschaft fordert eine Vergütung von vier Mark für die Einzelstunden und einheitlich für das ganze Land, ohne Rücksicht auf die Größe der Städte oder Flecken und auf die Dienstjahre der Lehrer. Die Handelskammer erkannte zwar die Forderung der Lehrer als berechtigt an, kann jedoch aus eigenen Mitteln die erforderlichen Zuschüsse nicht bestreiten. Es handelt sich außer Einführung der Verdoppelung des Schulgeldes um einen noch zu bedachenden Betrag von nur 2000 Mark jährlich. Das Ministerium des Innern und der Landtag haben die Forderung der Lehrer abgelehnt. Infolgedessen haben sich die Lehrer an sämtlichen Kaufmannsschulen Mecklenburgs ihre Stellung angeklagt.

Die Sozialisten in Nürnberg

Nürnberg, 30. Aug. Hier ist die Einigung aller sozialdemokratischen Parteien erfolgt. Die „Frankfurter Tagespost“ teilt mit, daß am Donnerstag eine Betriebsräteversammlung stattfand, welche die Vereinigung der drei sozialistischen Parteien in Nürnberg mit Einfluß der Kommunisten beschloß. Die „Frankfurter Tagespost“ bemerkt dazu: „Was dieser Einigung bedeutet, dürfte wohl bald einschlägliche Politiker klar werden. Nürnberg als größte Industriestadt Bayerns, dessen Werbe- und Anziehungskraft auf das bayerische Proletariat bekannt ist, bekennt sich zum gereinigten Sozialismus. Nürnbergs Politik wird Schule machen.“ Doch steht die „Tagespost“ der Einigung skeptisch gegenüber und meint, daß sie nicht von Dauer sei. Es ist möglich, daß die „Tagespost“ recht behält, aber sicher ist es nicht, denn wenn selbst dies nur Monate, selbst nur Wochen dauerte, können während dieser Zeit Dinge vollziehen, deren Tragweite nicht zu übersehen ist. Was eine solche Vereinigung bedeutet, wissen wir aus der Geschichte der letzten neun Monate genügend. Sie bedeutet eine Diktatur des Proletariats, eine neue Räterepublik. Nürnberg enthält jetzt offen das Banner. Es ist nicht unmaßstäblich, daß dieser Beschluß der Aufsicht zu neuen Taten ist.

Arbeitslosenwahlen in Ossen

Heppenheim a. D., 27. Aug. Die Arbeitslosenwahlen brachten dem Zentrum die absolute Mehrheit.

Dieburg, 27. Aug. Auf Kosten der mehrheitlich sozialistischen und demokratischen Stimmen ergaben die Wahlen zum Arbeitsrat einen Ausbruch rechts.

Noch keine Volksbüros

Köln, 30. Aug. Der Versuch, Erleichterungen im Verkehr zwischen dem Reich und unbesetzten Gebieten durch Einrichtung besonderer Volksbüros zu schaffen, ist einstweilen ohne Erfolg geblieben, weil eine Einigung über die Tragung der Unkosten, welche derartige Büros erfordern, nicht erzielt werden konnte. Die Reichsbehörde stellte sich auf den Standpunkt, daß es sich um Einrichtungen von vornehmlich ärztlicher Bedeutung handle, für die das Reich nicht einzutreten könne.

Die Personalisten der Beamten

Die Reichsverfassung sichert den Beamten das Recht zu, Einsicht in ihre eigenen Personalakten zu nehmen. Wie die „Vol. Parl. Nachr.“ erfahren, besteht das Einsichtsrecht auf Personalakten, die seit dem November 1918 geführt worden sind. Ältere Personalakten, das heißt solche, die bis zum November 1918 geführt wurden, sollen geschlossen werden. Der Vorstoß des Beamtenausschusses wird jeweils sowohl Einsicht in die Personalakten eines Beamten nehmen können, als er von dem Beamten dazu ermächtigt wird.

Schändliche Arbeiter

Amsterdam, 29. Aug. Aus den holländischen Grenzorten reisen jetzt wieder große Gruppen Arbeiter nach Deutschland, wo sie in der rheinisch-westfälischen Industrie Beschäftigung finden, da die Arbeitslosigkeit in Deutschland immer noch nicht wieder auf der Höhe ist.

sich das eine wie das andere durch Lug und Trug ergattert hatte, es nun wieder hergeben mußte. Schenlich, ein ekelhaftes Leben.

Er ging zurück zum Schreibtisch, aber er konnte nicht gleich weiter schreiben, die Gedanken quälten ihn.

Er nahm statt der Feder den Revolver in die Hand und betrachtete ihn wieder.

Es war doch das Beste, das Einzige, was ihm blieb.

Er mußte sich das wieder vorsprechen, er war wohl noch nicht ganz entschlossen gewesen. Beinahe hätte er jetzt gleich ein Ende gemacht. Wozu sich noch eine Zeit geben?

Seine Blide fielen auf die angefangene Schreibung — die wollte er erst beenden.

Auffeugend legte er den Revolver auf den Tisch zurück, griff wieder zur Feder, als leise an seiner Tür geklopft und diese, ohne daß er noch gerufen, geöffnet wurde.

Dora kam herein.

Sie hatte erwartet, daß er zurückkomme, daß er ihre Frage beantworten solle, mechanisch hatte sie sich umgesehen, dabei daß er wohl gegangen sei, um etwas, ein Papier, womit er seine Worte beweisen wollte, zu holen. So gern hatte sie gehofft, sich ausgemalt, wie glücklich sie sein würde, wenn alles anders wäre, als sie verstanden zu müssen geglaubt.

Doch die Zeit verstrich, es blieb still, die Stille um sie her hing wieder an, sie zu brücken. Dabei machte sie sich Vorwürfe, daß sie so hart zu ihm gewesen, ihn garnicht dazu hatte kommen lassen, sich zu verteidigen.

Er war doch ihr Mann, was er getan, — ein Unrecht hatte er es genannt, wozu er ein Recht bezeugen — hatte er doch auch für sie getan — ein Verbrechen, wie sie in ihrer ersten Erregung gebacht, würde es doch nicht sein, konnte es nicht sein.

Vielleicht ein Unvollständiges — man hatte ja immer von ihm erzählt, daß er ein so kluger Mensch sei, der im letzten Augenblick einen Ausweg fand, so viele Menschen dadurch gerettet hatte.

(Fortsetzung folgt)

Das Testament

Russischer Gesellschaftsroman.

Von Hans Beder.

33) Nachdruck verboten. Hatte sie nicht verstanden, wollte sie nicht verstehen? Er hatte die Wahrheit gesprochen, hatte nicht mehr lügen wollen.

Nicht mehr die Furcht vor dem, was ihm bevorstand, hatte ihn sprechen lassen, nur die Furcht, sie zu verlieren.

Wachte sich an ihm, was er getan, damals, als er sie sich gewinnen wollte: daß er ein Gefühl geküßelt, das er noch nicht empfunden, das ihm erst später erglänzte, ihn jetzt vollständig beherzichte.

Das ihm eine Stunde vorher getrieben, ihr zu gehen, in der Hoffnung, daß ihre Liebe stark genug sei, daß sie ihm vergeben, daß sie mit ihm fühlen, er nicht allein stehen würde.

Was sollte er ihr antworten, er sah nicht mehr die Kraft, zu beschönigen, dabei dachte ihn eine Mut, als er sich vorstellte, daß alles umsonst gewesen sei.

Er hätte herauszufinden mögen: — Ja, ja. Ich bin ein Tölpel. Noch mehr, ich habe auch dich betrogen. Ich liebe dich nicht — nach dem Geld habe ich verlangt — jetzt habe ich meine Strafe.

Alles um ihn herum brach zusammen, er konnte nicht mehr weiter kämpfen — sie verzog ihm doch nicht, würde ihn nicht verzeihen.

Er dachte daran, daß er morgen, übermorgen wieder vor dem Untersuchungsrichter stehen, antworten, recht vorichtig sprechen, jedes Wort überlegen mußte.

Wozu, was nützte es ihm, was lag ihm daran, ob es ihm gelang, sich herauszulösen — was galt ihm das jetzt noch?

Er wollte gehen, in sein Zimmer, dort würde er sitzen und warten, bis —

Ob er ging sah er noch einmal zu Dora herüber. Sie stand, den Kopf erhoben, die Augen fragend geöffnet, auf ihn gerichtet. Er glaubte darin hoffnungsvolle Erwartung zu sehen, die jetzt verschwand, als er nichts sagte, seine Hand nach dem Türgriff faßte.

Einem Augenblick hatte ihn das zurückgehalten — ohne ein Wort öffnete er die Tür und ging heraus.

Als er allein in seinem Zimmer saß, hing er an, von neuem nach einem Ausweg, nach Rettung zu suchen.

Nach an Sterben dachte er, holte den Revolver aus dem Schreibtisch hervor und legte ihn vor sich hin.

Der Mut dazu fehlte ihm nicht, das fühlte er, auch das heiße Verlangen nach dem Leben war geschwunden, es blieb ihm ja auch kaum noch etwas anderes.

Er sah nach der Waffe, dachte das kurze Rohr herunter, um nach der Ladung zu sehen. Ein Trödelhändler ging nun doch durch seinen Körper, als seine Finger den kalten Stahl berührten — noch konnte er sich einen Aufschub gönnen, was lag daran, ob es eine halbe Stunde früher oder später geschah.

Er hatte auch noch etwas aufschreiben wollen, erinnerte sich nur nicht gleich was.

Er versuchte nachzudenken, bis ihn einfiel, daß, als er den Revolver herausgenommen, ihm der Gedanke durch den Kopf gegangen war, daß er für Dora sorgen möchte.

Wenn er aufrichtig, wie alles gekommen, daß ein Testamentsentwurf existierte, worin ihr die Erbschaft zugesprochen war, daß es die Absicht ihres Pflegeraters gewesen sei, ihr das ganze Vermögen zugewenden, würde man ihr nicht alles nehmen.

Die Richter hatten für Frauen immer ein weiches Herz, ein Weib war stets leichter zu verteidigen gewesen.

Nach der Erde, der Professor, würde sich führen lassen. Anzweifeln konnten sie doch nicht, was er jetzt aufschrieb, dem Toten würde man noch Glauben schenken, sich nicht vorstellen, daß er mit einer Lüge aus dem Leben geschieden war.

Das war also wohl das Beste, er wollte gleich schreiben.

Er setzte sich zurecht, nahm, da er kein anderes Papier zur Hand hatte, einen Briefbogen und fing an.

Durch das Tuten eines Autos vor seinem Fenster wurde er gestört. Er sah auf und be-

